

BASLER  
DENK  
ANSTÖSSE

05



# LOTHAR SPÄTH

Wirtschaft und Politik in einer  
globalisierten Welt

Eine Veranstaltungsreihe der  
Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt MGU,  
Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung  
und Basler Zeitung

**Alle Referate und Hinweise zu den Basler Denkanstössen finden Sie auf unserer Homepage unter [www.basler.denkanstoesse.ch](http://www.basler.denkanstoesse.ch)**

### **Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt MGU**

An der Universität Basel bietet die Basellandschaftliche Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt MGU ein interdisziplinäres Programm in Lehre und Forschung an. MGU tritt aber auch regelmässig an die Öffentlichkeit. Dabei stehen aktuelle und wichtige Fragen zur Zeit im Zentrum. Zu deren Lösung möchte MGU mit seinem Programm beitragen.

Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt	Telefon +41 (0)61 271 57 70
Universität Basel	Telefax +41 (0)61 271 58 10
Koordinationsstelle MGU	<a href="mailto:felicita.maeder@unibas.ch">felicita.maeder@unibas.ch</a>
Socinstrasse 59	<a href="http://www.unibas.ch/mgu">www.unibas.ch/mgu</a>
Postfach	
CH-4002 Basel	

### **Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung**

Die Novartis Stiftung fördert nachhaltige Entwicklung in armen Ländern des Südens durch Unterstützung von Programmen und Projekten in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit und soziale Entwicklung. Darüber hinaus trägt sie durch wissenschaftliche Arbeiten zum entwicklungspolitischen Dialog bei.

Novartis Stiftung	Telefon +41 (0)61 697 72 00
für Nachhaltige Entwicklung	Telefax +41 (0)61 697 71 04
WRO-1002.11.59	<a href="mailto:novartis.foundation@group.novartis.com">novartis.foundation@group.novartis.com</a>
Postfach	<a href="http://www.stiftung.novartis.com">www.stiftung.novartis.com</a>
CH-4002 Basel	

### **Basler Zeitung**

Die Basler Zeitung will als informations- und problemorientierte, unabhängige politische Tageszeitung täglich etwas zum Wohlergehen der Menschen in einer humanen Umwelt beitragen. Sie tut dies in erklärender, vermittelnder, kritischer, zustimmender und bestimmter Art: von der Absicht getragen, einen Beitrag zum Verständnis dieser Welt und damit für das Gemeinwohl im altherkömmlichen Sinn zu leisten.

Basler Zeitung	Telefon +41 (0)61 639 11 11
Hochbergerstrasse 15	Telefax +41 (0)61 639 15 82
Postfach	<a href="http://www.baz.ch">www.baz.ch</a>
CH-4057 Basel	

## Die Basler Denkanstösse

In einer Zeit, in der in einem nie zuvor gekannten Ausmass komplexe soziale, wirtschaftliche, ökologische und ethische Probleme zur Lösung anstehen, sind alle, die einen konstruktiven Beitrag leisten können, gefragt. Vieles, was heute *main stream*-Denken ist, war vor zwanzig Jahren Minderheitsmeinung – meist verfemt, in die ideologische Ecke gestellt, kaum zur Kenntnis genommen. Und dennoch: Im Nachhinein waren dies erste Denkanstösse für eine neue Qualität des Handelns durch innovative Ansätze.

Alle Institutionen dieser Erde und die meisten sozialen Gruppen haben die Tendenz, selbstreferentiell zu sein. Dies bedeutet, einem eher geschlossenen Werte- und Interessensystem anzugehören und dieses für die ganze soziale Wirklichkeit zu halten. Wer prinzipiell davon ausgeht, dass nur seine eigenen Überzeugungen die einzig richtigen sind, läuft das hohe Risiko aller Narzissten, nämlich Chancen und Risiken nicht mehr vernünftig abwägen zu können und so vermeidbare Fehler zu machen. Ideologische Demarkationslinien oder fundamentalistische Zurückweisungen wirken wie Zaunbretter, die unbequeme Dinge von der Wahrnehmung fernhalten – jedoch nicht aus der Welt schaffen.

Beim Nachdenken über Lösungen für gesellschaftspolitisch sensible Problemkreise und beim Entwurf von Zukunftsszenarien muss ein möglichst breites Meinungs- und Bewertungsspektrum konsultiert werden, einschliesslich jenen Ansichten und Überzeugungen, die »quer« zu dem liegen, was heute Mehrheitsmeinung und »herrschende« Meinung ist. Denkanstösse von klugen Personen, Gegenentwürfe von Intellektuellen, die gegen den Strom zur Quelle finden wollen, spielen dabei eine wichtige Rolle.

Mit der Vortragsreihe Basler Denkanstösse wollen die Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt MGU der Universität Basel, die Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung und die Basler Zeitung solchen Stimmen ein Forum geben.

---

# LOTHAR SPÄTH

Wirtschaft und Politik in einer  
globalisierten Welt

24. Mai 2000

Offene Kirche Elisabethen  
Basel

## Einleitung zum Vortrag von Lothar Späth

*Klaus M. Leisinger*

Sehr geehrter Lothar Späth, sehr geehrte Freunde der Basler Denkanstösse, sehr geehrte Damen und Herren.

Wie Sie wissen, wollen wir mit den Basler Denkanstössen interessierten Menschen offenen Geistes durch unkonventionelles Gedankengut Denkanstösse geben. Dazu laden wir Referenten ein, die eine hohe fachliche Kompetenz und ein interessantes, möglichst kontroverses Gedankengut haben. Dabei hatten wir in den letzten Jahren immer das Bedürfnis, Pluralismus nicht nur zu deklamieren, sondern auch durch die Wahl unserer Referenten unter Beweis zu stellen. Wenn Sie nun Revue passieren lassen, welche Referenten hier im Rahmen der Basler Denkanstösse auftraten, z.B. Leonardo Boff, Erhard Eppler und Arnold Künzli, so kann man diese mehr oder weniger dezidiert doch einer bestimmten politischen Richtung zuordnen. Bei Marion Dönhoff ist es nicht so einfach, aber rechts steht die Gräfin nun beim besten Willen auch nicht. Um nicht in den Verdacht der politischen Eindimensionalität zu geraten, aber auch in der Überzeugung, dass nicht nur Linksintellektuelle Denkanstösse geben können, machten wir uns für diesen Abend auf die Suche nach einem Referenten, der zumindest ein wenig rechts von der Mitte steht. Lothar Späth ist nun sicher kein Rechtsintellektueller. Aber er unterscheidet sich durch seinen Lebenslauf, und auch durch sein Staats- und Wirtschaftsverständnis völlig von dem eines Leonardo Boff, eines Erhard Eppler oder eines Arnold Künzli. Wir sagen im Kontext unserer Basel Denkanstösse, man solle Menschen nicht in ideologische Schubladen einordnen, aber selbst wenn wir dies wollten, es fiel uns bei Lothar Späth äusserst schwer. Er ist eine Persönlichkeit und hat ein Lebenswerk, das aussergewöhnlich ist. Vielen ist er als CDU-Politiker bekannt, der in Baden-Württemberg unter anderem als Ministerpräsident äusserst erfolgreich war. In der Bundes-CDU hat er keine so grosse Rolle gespielt, aber das hatte weniger mit seiner politischen Kompetenz zu tun als vielmehr mit einem schwergewichtigen Mann, der aufpasste, dass ihm keiner zu gefährlich wurde oder zu nahe kam. Anderen ist er als ein erfolgreicher Unternehmer bekannt, der nach der Wende in Deutschland nicht nur schön daherredete und die marktwirtschaftliche Entwicklung beschwor, sondern als Chef des Unternehmens *Jenoptik* selbst massgeblich dazu beigetragen hat. Und schliesslich ist Lothar Späth ein Mann, der als Politiker und Unternehmer erkannte, wie wichtig es ist, in den Medien präsent zu sein und richtig wahrgenommen zu werden. Da er vermutlich der Auf-

fassung war, dass dies ohnehin kein Journalist besser könne als er selbst, ging er ins Fernsehen und leitete dort eine politische Talkshow mit hohen Einschaltquoten: »Späth am Abend«. Last but not least ist Lothar Späth auch ein sehr erfolgreicher Buchautor.

Mit Lothar Späth spricht heute ein politischer und mediensachverständiger Unternehmer zu uns, der unter anderem eine Entrümpelung der öffentlichen Verwaltung und eine Neudefinition der Staatsaufgaben fordert und vorschlägt, man solle dort, wo es Sinn macht, staatliche Aufgabenträger privatrechtlich organisieren. Zumindest in diesem Buch, »Die zweite Wende«, gibt es einige Denkanstöße. Ich möchte Ihnen gerne drei davon vorlesen:

1. Selbstverständlich muss der Staat der Wirtschaft Grenzen setzen.
2. Sozialhilfe soll nur denjenigen gegeben werden, die einer gemeinnützigen Beschäftigung nachgehen.
3. Gelegentlich muss man gegen Regeln verstossen, um sie verbessern zu können.

Wir sind gespannt auf Ihre heutigen Denkanstöße, Lothar Späth, und wir sind sehr dankbar für Ihr Kommen. Wir wissen, dass Sie ein sehr beschäftigter Mann sind und es nicht selbstverständlich ist, dass Sie sich diese Zeit genommen haben.

Meine Damen und Herren, wie immer bitten wir am Ende dieser Veranstaltung um eine Spende für einen guten Zweck, und wie immer wird die Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung diese Spende verdoppeln. Also: wenn Sie der Novartis einmal richtig schaden wollen, dann tun Sie das heute, indem Sie möglichst viel spenden. Dieses Mal geht Ihre Spende auf Wunsch von Lothar Späth an die Elterninitiative für krebskranke Kinder in Jena.

Lothar Späth, wir bitten Sie zum Vortrag.

## **Wirtschaft und Politik in einer globalisierten Welt**

*Lothar Späth*

Erlauben Sie mir zunächst noch eine Bemerkung zu Herrn Leisingers Vorwort, in dem er mich politisch als ›ein wenig rechts der Mitte‹ zuordnete: Das, was mich von links immer abhält, ist der Hang zur abschliessenden Klärung von Problemen. Ich glaube, wir leben zum ersten Mal in einer Zeit, in der ich mit grosser Wahrscheinlichkeit mit der Behauptung Recht bekomme, dass die Zeit der Ideologen abgelaufen ist. In Deutschland sage ich jeweils etwas spassig, dass sich die Revolutionäre der 68er-Jahre zur Ruhe setzen müssen, weil ihre Kinder ihre Ideen nicht mehr unterstützen. Die Kinder der 68er-Generation finden sich in der heutigen Welt ganz gut zurecht. Ihre Eltern hingegen können die neue Zeit nicht so richtig fassen und klagen, durch böse Dinge wie beispielsweise die Globalisierung sei alles in Unordnung geraten.

Ich möchte heute Abend über das in letzter Zeit schwierig gewordene Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik in einer globalisierten Welt sprechen. Die Globalisierung hat viele der bisherigen Rahmenbedingungen fundamental verändert. Lassen Sie mich zuerst auf diese veränderten Bedingungen eingehen.

## Das Auseinanderfallen von Wirtschaft und Politik im Zuge der Globalisierung

In vielen Fällen wissen die Leute nicht recht, was sie mit der Globalisierung anfangen sollen. Vorerst wird sie noch mehrheitlich als Bedrohung wahrgenommen. Es scheint mir im übrigen eine europäische Eigenart zu sein, vieles zunächst als bedrohlich zu empfinden. Die Amerikaner reagieren ganz anders. Sie sind viel zu neugierig, als dass sie ängstlich zuwarten würden. Sie mögen deshalb vielleicht auch etwas leichtfertig mit der Zukunft umgehen. Um dieser möglichen Leichtfertigkeit nicht zu verfallen, gehen wir hingegen die Zukunft nur sehr zögerlich an. Dies ist eine typisch europäische Lösung: Wir leben eigentlich ganz glücklich mit Konflikten, solange wir sie lediglich beschreiben können und nicht lösen müssen.

Die Globalisierung ist keine Sache, die man politisch diskutieren kann. Sie geschieht einfach. Spannend ist die Frage, wie die Politik mit Entwicklungen umgeht, die nicht steuerbar sind, bei denen sie aber den Eindruck erwecken muss, sie hätte sie unter Kontrolle. Kein Politiker wird zugeben können, dass es gar keine nationale Wirtschaftspolitik mehr gibt. In meiner schwäbischen Heimat stelle ich manchmal die etwas bösertige Frage, was ein deutscher Wirtschaftsminister eigentlich tut, wenn er nicht gerade eine Messe eröffnet. Wo liegt sein Zuständigkeitsbereich? Die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens hat durch die Entwicklung im Informations- und Kommunikationsbereich und die daraus resultierenden neuen Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung das Bild und die Einflussmöglichkeiten der nationalen Wirtschaftspolitik, vor allem in den modernen Industrieländern, gewaltig zurückgedrängt, und es wird immer deutlicher, dass die grossen Binnenmärkte selbst nur Zwischenstufen zum globalen Weltmarkt darstellen. Durch die Globalisierung haben sich Entscheidungs- und Kompetenzbereiche verschoben. Ich möchte Ihnen in einigen Beispielen aufzeigen, wie wenig ökonomische Entwicklungen letztlich noch von nationalen Wirtschaftsministerien gesteuert werden können.

- Nehmen wir das Beispiel des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF wird dazu benutzt, Krisenherde mittels Krediten zu stabilisieren, damit diese nicht auf andere Länder überschwappen. Denken Sie an die Russlandkrise, die Asien- oder Südamerikakrise. Werden solche Krisen-

herde nicht gebändigt, können daraus gefährliche weltpolitische Konflikte entstehen. Nun sind es aber nicht etwa die Wirtschaftsminister, die solche Kredite sprechen und bereitstellen, es sind vielmehr die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten. Nebenbei: Der IWF ist übrigens die einzige Einrichtung, die nirgends richtig völkerrechtlich verankert ist, dafür aber umso besser funktioniert.

- Ein anderes Beispiel ist die Suche von Unternehmen nach einem idealen Firmenstandort. Ob in Basel, in Zürich, in Stuttgart, in Hamburg, in Barcelona oder in Lyon, die optimale Niederlassung orientiert sich an ganz praktischen Fragen: Wie sind die Verkehrsverbindungen (dafür ist der Verkehrsminister zuständig), wie hoch liegt der Steuersatz (dies ist Sache des Finanzministeriums), wie ist die Bildungspolitik (diese wird vom Bildungsministerium bestimmt)?

Beim Vergleich mit anderen Ländern entdecken wir plötzlich, dass wir in der Bildungspolitik nicht mehr konkurrieren können. Es gibt in Deutschland Schulen, in denen bis auf die Lehrpersonen fast alle etwas von Computern verstehen. Da können Sie zwölfjährige Kinder für die Pädagogenfortbildung einsetzen. In einer Gesellschaft, die völlig vom Computer abhängig ist, ist dies sowohl bildungspolitisch, wie in der Folge auch ökonomisch, ein grosses Problem. Dieses Problem kann letztendlich aber nicht vom Wirtschaftsminister bewältigt werden.

- Oder betrachten wir die sozialen Probleme, die entstehen, weil das gemeinnützige soziale Netz, das Menschen in Not auffängt, nicht mehr funktioniert. Für viele macht es den Anschein, als sei diese mangelnde Solidarität ein wirtschaftliches Problem. Dabei ist es ein zutiefst gesellschaftliches, gegen das ein Wirtschaftsminister nichts ausrichten kann.

Plötzlich fallen ganze Theorien durcheinander, auch althergebrachte wie die Keynesianische Theorie von Staat und Wirtschaft. Die Keynesianische Theorie besagt, der Staat dürfe Schulden aufnehmen, wenn die Wirtschaft schlecht läuft. Diese Schulden sollen beispielsweise in den Wohnungsbau oder in andere Infrastruktur-Investitionen gepumpt werden. Die Wirtschaft wird dadurch angekurbelt und lässt dem Staat so mehr Steuern zukommen. Aus diesen Steuermehreinnahmen können schliesslich die Schulden wieder abgebaut werden. Wir haben in der

Politik immer nur den halben Keynes angewendet und Schulden angehäuft. Bei der Rückzahlung waren wir immer zurückhaltend, weil solche Entschiede den Wähleranteil kaum erhöhten. Dies hat dazu geführt, dass heute die europäische Verschuldung so hoch liegt. In einer geschlossenen Volkswirtschaft mag dies noch gehen, im Zeitalter der Globalisierung funktioniert dies nicht mehr, weil die politischen Einflussmöglichkeiten sehr beschränkt sind.

Heute entscheidet Herr Greenspan, der amerikanische Notenbankpräsident, was mit den Geldmärkten passiert. Wenn sich dieser um 18 Uhr einen Journalisten bestellt, dann, während eines Spaziergangs, hüstelnd verlauten lässt, dass er über die Zinsen nachdenke, so ist am nächsten Tag die Welt in Unordnung. Hingegen nimmt die Börse ein Treffen europäischer Spitzenpolitiker, das mit riesigem Aufwand und einem immensen Aufgebot an Journalisten und Sicherheitsbeamten verbunden ist, gar nicht mehr zur Kenntnis. Letztlich wissen alle, dass dort aufgrund der verschiedenen Meinungenlagen gar nichts Weltbewegendes entschieden werden kann. Einstimmigkeit herrscht lediglich darüber, dass man in Europa den Fortschritt anstrebt, dieser aber nicht mit Risiken für die Menschen verbunden sein soll und dass es im Sommer wieder wärmer wird als es im Winter war. Die Presseerklärung kann also bereits vor Beginn der Konferenz fertiggestellt werden. Dies macht deutlich, dass die Börse immer weniger auf politische Entschiede reagiert, Staat und Wirtschaft also immer stärker auseinanderfallen.

Ein anderes Beispiel dafür ist der Regierungswechsel in Deutschland. Noch vor 20 Jahren haben die Deutschen beim Wechsel zu einer rot-grünen Regierung geglaubt, der Weltuntergang sei nur so mit Sicherheit zu erreichen. Beim letzten Machtwechsel geschah überhaupt nichts. Die CDU ist in der tiefsten Krise ihrer Geschichte, ohne dass dies die Börse auch nur zur Kenntnis nehmen würde. Auch dies zeigt, dass sich die politische und die ökonomische Welt immer stärker voneinander ablösen.

Wir haben uns einmal an einem langen Diskussionsabend im Freundeskreis gefragt, worin eigentlich der Unterschied zwischen der Aufgabe der Politik und jener der Wirtschaft besteht. Wir kamen zu einem unglaublichen Ergebnis: Die Aufgabe der Wirtschaft ist die *consumer satisfaction*, d. h. sie muss die Kunden zufrieden stellen. Je besser ihr das gelingt, umso erfolgreicher wird sie sein. Die Aufgabe der Politiker hingegen ist die *citizen satisfaction*. Ein Politiker wird dann erfolgreich sein, wenn er die Ansprüche des Bürgers befriedigen kann. Das Unmögliche ist nur, dass ein und dieselbe Person als Konsument ganz andere Ansprüche hat als in ihrer Rolle als Bürger. Dies lässt sich anschaulich anhand der Tourismusbranche aufzeigen. Deutsche wie auch Schweizer Touristen verbringen ihren Urlaub auf der ganzen Welt, in Neuseeland, in Bali und weiss Gott wo überall. Niemand sagt, er werde künftig seinen Urlaub wieder im eigenen Land verbringen, um den Binnenmarkt anzukurbeln. Vielmehr kurbeln sie die Binnenmärkte in Mallorca und auf der ganzen Welt an. Vergewenwärtigen Sie sich einmal, welchen Absatz japanische Autos in der Schweiz und in Deutschland haben. Dies vermittelt den Eindruck, dass manch einer mit seinem japanischen Auto zur Demonstration für die Sicherung einheimischer Arbeitsplätze fährt. Dieser Widerspruch zwischen der Politik und der Wirtschaft wird nie ganz aufzulösen sein.

### **Wir können uns der Globalisierung nicht entziehen**

Die Globalisierung geschieht, ob wir dies gut finden oder nicht. Sie beinhaltet eine Eigendynamik. Sie ist ein Ergebnis der modernen Kommunikationsmöglichkeiten und nicht, wie viele meinen, ein Kind von Import und Export. Heute können Sie quer durch die ganze Welt kommunizieren. Ein Leben ohne Faxgerät ist nicht mehr denkbar, die ganze Welt faxt heute. In meiner Jugend war faxen noch etwas ganz anderes. Da sagten die Eltern: »Jetzt hör aber auf mit deinen Faxen!« Wenn Sie vor 30 Jahren in Südamerika waren und mit dem Büro in Stuttgart telefonieren wollten, haben Sie fünf Stunden gearbeitet, bis Sie eine Verbindung hinkriegten, die gerade mal drei Minuten hielt. Wir stehen heute im Zeitalter der

totalen Kommunikation. Wer total kommunizieren kann, hat die Möglichkeit, auf die nationale Ebene keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Die nationale Ebene verliert zusehends an Einfluss. Vor diesem Hintergrund entsteht verständlicherweise die Diskussion um die sogenannten *global players* und um die Macht der Wirtschaft. Aus dem Wunsch, die Macht der Wirtschaft kontrollieren zu wollen, verlangen viele nach einer starken staatlichen Hand, die lenkend eingreift. So erheben Politiker dann Vorwürfe, wenn sich ein Unternehmen beispielsweise dazu entschliesst, seinen Produktionsstandort in eine billigere Gegend zu verlegen. Sie sorgen sich um den Verlust von Arbeitsplätzen. Diese Vorwürfe sind natürlich verständlich. Sie sind aber erst dann gerechtfertigt, wenn die Bürger dem Unternehmen garantieren können, dass sie ihm, sofern es seine Produktionsstätte im eigenen Land belässt, seine teuren Waren auch abnehmen werden. Das tun sie aber nicht. Als Konsumenten, als Adressaten der Wirtschaft sind die Menschen absolute Globalisten. Als Bürger hingegen scheuen sie sich davor.

Die traditionelle Linke war immer der Meinung, dass zuerst Weltspielregeln beispielsweise über Löhne oder Sozialdumping definiert werden müssten und erst dann globalisiert werden soll. In der modernen Sozialdemokratie hat diese Forderung allerdings an Bedeutung verloren. An sich wäre dies ja gar keine schlechte Idee, sie ist nur nicht umsetzbar. Ich war nun über zwei Wahlperioden mit Erhard Eppler im Landtag von Baden-Württemberg. Obwohl wir politische Gegner waren, haben wir uns persönlich, glaube ich, ganz gerne gemocht. In den Diskussionen allerdings kamen wir nie weiter. Er hat jeweils eine Ordnungspolitik vertreten, in der die Politik die Spielregeln festlegt und die öffentliche Hand dafür sorgt, dass sich die Leute entsprechend verhalten. Wir landeten schliesslich bei der Streitfrage, wie viele Wurstsorten zulässig seien. Für einen Asketen sind zwei Sorten ausreichend, für einen Geniesser hingegen nicht. Ich war immer der Meinung, der Asket soll mit seinen zwei Wurstsorten leben und der Geniesser seine zwanzig geniessen können. So lange es genügend Geniesser wie auch genügend Wursthersteller gibt, ist mir völlig egal, welche Wurst verkauft und gegessen wird. Dies lässt sich auch auf das globale Feld übertragen. Nehmen Sie die Autoindustrie als Beispiel: Volkswagen produziert in Wolfsburg für 50 DM in der Stunde, in Pudong bei Shanghai lediglich für 92 Pfennig.

Im Sinne einer gelenkten Globalisierung müsste man jetzt für beide Seiten einen Durchschnittslohn von 25,46 DM festlegen. Die Chinesen wären damit bestimmt sofort einverstanden, ich weiss aber nicht, ob die Arbeiter in Wolfsburg damit so glücklich wären. Andere schlagen vor, dass man die Löhne in Wolfsburg bei 50 DM und in Pudong bei 92 Pfennigen belassen solle. Damit wären natürlich die Chinesen nicht einverstanden.

Es ist einfach eine Illusion sich vorzustellen, man könne diese Globalisierung gewissermassen einfangen und mit Spielregeln versehen, damit sie in geordneten Bahnen verläuft. Es lassen sich keine weltweit vereinheitlichten Löhne durchsetzen. Dazu sind die nationalen Systeme und Kulturen zu verschieden.

Letztes Wochenende fand in der Schweiz die Abstimmung über die bilateralen Verträge statt. Der Ausgang der Abstimmung verdeutlicht ein sehr typisches Problem: Die Schweizer begrüßen zwar die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, wollen sich aber gleichzeitig nicht mit der Brüsseler Bürokratie herumschlagen und schon gar nicht deren Spielregeln anerkennen. Dafür habe ich im übrigen viel Verständnis. Dies zeigt, dass man nicht einheitliche Spielregeln anstreben und gleichzeitig die Vielfalt der Kulturen und Systeme erhalten kann. Die Konsequenz daraus ist, dass die Globalisierung ein ökonomisches Phänomen ist, das viel Freiheit und Spielraum schafft, das gleichzeitig aber auch einen Wettbewerb zwischen den Ländern und deren Spielregeln auslöst. So wird das deutsche Steuersystem mit dem schweizerischen verglichen, die deutschen Löhne mit den spanischen, die skandinavischen Sozialsysteme mit den englischen. Die grossen Unternehmen können heute etwas tun, das sie früher nie konnten: Sie können ausweichen. Heute wird dort produziert, wo es am billigsten ist, dies ist nicht mehr zu verhindern.

Zum Beispiel errichtet meine Firma auf der Insel Borneo zur Zeit die grösste Chipfabrik, die wir je gebaut haben. Als mir meine Mitarbeiter vor zwei Jahren erzählten, dass in Borneo ein 600 Millionen-Auftrag zu haben sei, kramte ich meine Kindheitserinnerungen hervor, dachte an Kopffäger, Urwald und Schimpansen und konnte mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie dort eine Chipfabrik betrieben werden kann (mit Chips meine ich natürlich nicht solche aus Kartoffeln, sondern elektronische). Als ich dann dorthin geflogen bin, lag die Baustelle tatsächlich 20 Minuten von der Futterstelle der Orang Utane entfernt. Als ich die Investoren, es waren Japaner und Amerikaner, fragte, wie sie die Fabrik zu betreiben gedenken, entgegneten sie, sie hätten die Adressen von 4 000 Malaien, die in der ganzen Welt in Chipfabriken tätig seien, sie würden versuchen, diese zurückzuholen. Ich flog schliesslich über Singapur zurück und besuchte dort Siemens, für die wir dort ebenfalls eine Firma gebaut hatten. Als ich mich erkundigte, wie es so gehe, antworteten sie, es liefе soweit ganz gut, lediglich der Personalchef sei schlechter Laune, weil alle Malaien plötzlich kündigten. Daraufhin verabschiedete ich mich schleunigst und sagte, ich müsse unbedingt das nächste Flugzeug erreichen, es täte mir leid, die Unterhaltung nicht fortsetzen zu können.

Diese Geschichte zeigt, dass Firmen dorthin ausweichen, wo billiger produziert werden kann. Nur so bleiben sie konkurrenzfähig. Jetzt können Sie aber nicht sagen, dass die malaiischen Chips gekennzeichnet werden müssen, dass sie in Deutschland nicht verwendet werden dürfen. Es läuft nämlich ganz anders: Siemens beispielsweise hat eine Chipfabrik in Singapur, eine in Regensburg und eine in Dresden. Wenn in Deutschland morgens um neun Uhr entschieden wird, dass die Chips diesmal aus Singapur geliefert werden sollen, schicken sie ein Fax nach Singapur. Dort ist es aufgrund der Zeitverschiebung nachmittags um halb fünf. Jeden Abend fliegen drei Jumbos von Singapur nach Zürich oder nach Frankfurt. Wenn die Chips also am Abend noch verladen werden, sind sie früh morgens zwischen sechs und sieben Uhr in Deutschland. Wenn Sie nun nicht gerade auf die Idee kommen, das Ganze mit der Deutschen Bundespost nach Basel schicken zu lassen, kommt alles pünktlich und preiswert an.

Die internationale Wettbewerbssituation bewirkt unheimliche Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Der Konkurrenzdruck der Billiglohnländer ist gross, dennoch sind wir nicht bereit, zu den Löhnen von Korea und Singapur zu arbeiten. Nun können wir versuchen, mit 20% weniger Leuten 20% mehr zu produzieren. Mit immer weniger Leuten immer mehr zu produzieren kurbelt zwar die Wirtschaft, aber auch die Arbeitslosigkeit an. Wenn früher eine Industrie niederging, ging dafür die nächste Produktionsindustrie hoch. Das war die Stärke der Schweiz, das war auch die Stärke der Maschinenbauer in Baden-Württemberg. Dies funktioniert aber plötzlich nicht mehr. Die fortwährend höhere Produktivität setzt Arbeitskräfte frei, die im Dienstleistungssektor oder in den neuen Technologien, vor allem den hochtechnisierten Dienstleistungen des Internets, eingesetzt werden könnten. Vor allem ältere Arbeiter und Arbeiterinnen schaffen diesen Sprung aber nicht mehr. Die Diskussion um die Umverteilung der Arbeit gehört meiner Meinung nach zu den grossen politischen Irrtümern.

Als ich nach Jena kam, habe ich 16 000 Leute entlassen, davon 7 000 Optiker. Inzwischen habe ich zum ersten Mal einen Mangel an Optikern. Ich kann nun aber nicht einfach die entlassenen Optiker wieder zurückholen. Die älteren Arbeiter wären zwar bereit, Linsen zu schleifen. Ich kann mir dies aber nicht mehr leisten, weil die Produktivität zu tief wäre. Ich brauche Leute, die Linsenschleifmaschinen programmieren und die dazugehörige Software entwickeln können. Wenn ich drei Entwicklungsleute zu wenig, dafür aber 18 Putzfrauen zu viel habe, kann ich daraus keinen statistischen Durchschnitt ziehen. Wenn ich nämlich keine Entwickler habe, dann brauche ich auch keine Arbeiter, die etwas produzieren und folglich gibt es auch nichts mehr zu putzen.

Darum geht es auch bei der derzeitigen *Green-Card*-Diskussion in Deutschland. Arbeit kann nicht einfach umverteilt werden. Vor allem unter den älteren Arbeitern haben Sie heute viele Arbeitslose mit hohen Qualifikationen, die trotzdem nicht mehr gefragt sind, weil sie die Umschulung in die Computertechnologie einfach nicht geschafft haben. Diese mangelnde Anerkennung ist ein soziales und auch ein tief menschliches Problem. In der früheren Industriegesellschaft konnte der ältere Arbeiter durch seine Arbeits- und Lebenserfahrung das ausgleichen, was er an schwerer, körper-

licher Leistung nicht mehr bringen konnte. Als Werkmeister besass er eine hohe Kompetenz und war für Ruhe, Klarheit und für knifflige Probleme zuständig. In der modernen Internet- und Kommunikationswelt hat ein noch so grosser Erfahrungshintergrund als Wert einen schweren Stand.

Machen Sie einmal mit Ihren Kindern zehn Minuten Videospiele, dann wissen Sie, wie viel Lebenserfahrung wert ist. Meine Enkel sagen mir jeweils: »Opa, wir kommen dann noch einmal vorbei und erklären es dir!« Dies ist ein fundamentales Problem, das die ganze Gesellschaft betrifft. Die Grosseltern waren früher innerhalb der Familie sehr angesehen und genossen Anerkennung. Man erfreute sich an ihrer Kompetenz und zog sie zu Rate. Heute ist der Opa froh, wenn ihm sein Enkel das Videogerät neu programmiert. Dabei kriegt er dann zu hören: »Opa, du hast schon wieder am falschen Knopf gedreht, ich hab's dir doch schon dreimal erklärt.« Die Telekommunikationsbranche ist zur Zeit dran, einen Fernseher zu entwickeln, der alten Menschen ermöglichen soll, sich in ganz einfacher Art und Weise im Internet zu informieren oder einzukaufen.

Das Tempo der Veränderungen nimmt fortwährend zu. Den erhöhten Wettbewerbsdruck haben wir durch die erreichte Produktionssteigerung zwar abgefedert, die Arbeitslosigkeit hingegen haben wir noch nicht im Griff. Darauf müssten wir schleunigst mit Innovationen und neuen Ideen reagieren. Während der letzten dreissig Jahren haben wir die Risiken der Zukunft immer als so hoch eingeschätzt, dass wir es verpasst haben, schnell in die neuen Technologien vorzudringen. Diese Arbeitsplätze fehlen uns heute.

Ich will dies am Beispiel der Gentechnik erläutern. Ich habe mit Erhard Eppler immer verbale Schlachten über die Gentechnik geführt. Ich war der Überzeugung, dass die Gentechnologie einer der wichtigsten Arbeitsplatzbeschaffer der Zukunft sein würde. Die Herstellung neuer Medikamente und die Möglichkeiten neuer Verfahren bieten riesige Chancen, nicht zuletzt auch in der Dritt-Welt-Politik. Herr Eppler fand dieses Argument

immer ganz gefährlich und warnte davor. Damals gab es das Schaf Dolly noch nicht, aber es gab amerikanische Science Fiction Filme, in denen genmanipulierte Ameisen in der Grösse von 3,20 Metern durch die Wüste Nevadas gewankt sind. Die Deutschen haben sich diese Filme angesehen und gesagt: »Um Gottes Willen, wir wollen keine Gentechnik, sonst kommen die grossen Ameisen aus Amerika!« In der Folge haben unsere heimischen Chemiekonzerne Milliarden in den USA investiert und unsere Forscher sind alle ausgezogen. Heute veranstalten wir in Deutschland Biotechnologie-Wettbewerbe, um möglichst viele junge Unternehmer wieder anzulocken. Inzwischen ist auch nachgewiesen, dass in keinem Land der Welt soviel gentechnisch hergestellte Pharmaprodukte geschluckt werden wie in Deutschland. Wenn der Arzt dem Patienten sagt: »Schlucksch das Zeug oder geh'sch in die Gruft!«, dann vergisst dieser jede Ameise irgendeiner Grössenordnung und schluckt wie ein Weltmeister. Dies hindert ihn allerdings nicht daran, nach seiner Genesung nachts auf den Maisacker zu schleichen und die genmanipulierten Maispflanzen zum Schutze seiner Kinder abzuschneiden.

Dieses Beispiel zeigt, dass wir zwanzig Jahre mit einer Diskussion verschenkt haben, die bis heute zu keinen Lösungen geführt hat. Ähnlich sieht es bei der Unterhaltungselektronik aus. In Bezug auf die Unterhaltungsindustrie richten wir uns stark nach den Vorgängen in den USA, denken Sie an das Internet, die Filmproduktionen und Musicals. Achten Sie abends vor dem Fernseher einmal darauf, wie viele amerikanische und wie viele deutsche Produktionen ausgestrahlt werden. Wie kam es zu diesem Verhältnis? Die Satelliten waren für uns genauso zugänglich wie für die Amerikaner. Während aber die Amerikaner neugierig waren, Sendungen produzierten und einfach ausprobierten um zu sehen, ob sich damit Umsatz machen liesse, haben wir uns zuerst der Diskussion gewidmet, wie viel Fernsehen ein Kind vertrage. Obwohl wir dies immer noch nicht wissen, haben wir mittlerweile doch das Privatfernsehen eingeführt. Auch hier haben wir zehn Jahre Zukunft versäumt: Während in Amerika Millionen in der Unterhaltungsindustrie tätig sind, wundern sich die Deutschen, weshalb sie in dieser Branche keine Arbeitsplätze haben. Ähnliches lässt sich in der Industrie beobachten: Im Mittelpunkt der deutschen Wirtschaft steht immer noch der Ingenieur. Deutsche Ingenieure ärgern sich meist über ihre Kunden, weil diese immer etwas anderes

wollen, als er für sie vorgesehen hat. So versuchen die Ingenieure, die Kunden für ihr überzeugendes Produkt zu gewinnen und kommen ihnen lieber beim Preis entgegen, als dass sie von ihrer Überzeugung lassen würden. Wenn meine Ingenieure dann zurückkommen und ich mich erkundige, ob sie den Auftrag in der Tasche hätten, entgegnen sie: »Nein, den Auftrag habe ich noch nicht, aber sie wissen jetzt, wie gut wir sind.« Der Amerikaner kommt vom Kunden zurück und sagt, der Kunde wolle zwar einen absoluten Blödsinn, aber er sei zahlungsfähig.

Die Liste solcher Beispiele liesse sich beliebig verlängern – folgende zwei Punkte werden jedoch bereits deutlich: Wir Europäer tun uns schwer mit der Dienstleistungsgesellschaft, und wir denken zu stark vom Produkt her statt vom Markt.

### **Globalisierung als Chance...**

Anhand vieler Beispiele habe ich aufzuzeigen versucht, dass die Globalisierung eine Entwicklung ist, der wir uns nicht entziehen können. Natürlich stellt sich nun die Frage, wie wir darauf reagieren sollen. Es liegt an uns, die Weichen zu stellen. Wir sollten nicht versuchen, Dinge aufzuhalten, die wir nicht aufhalten können. Nicht mühsame und fatalistische Anpassung an widrige Umstände bringt uns voran, sondern Zukunftsbegeisterung. Die fängt schon mit der Zielsetzung an: Es kann doch nicht allein darum gehen, die gegenwärtigen Zustände zu bewahren, oder aufzupassen, dass sie sich nicht allzu sehr verschlechtern.

Warum strengen wir uns nicht gleich richtig an und versuchen, eine fairere und bessere Welt zu schaffen? Wie sozial ist unser Sozialstaat überhaupt? Gibt es nicht vielleicht sogar ein Mehr an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu gewinnen? Was belegt denn, dass eine freie und auf Effizienz ausgerichtete Gesellschaft unmenschlich und kalt sein muss? Wer weiss denn, ob eine Renaissance der Selbständigkeit nicht unter dem Strich auch für die Mehrheit der Unselbständigen vielfältige Chancen birgt?

Es fällt schwer, den beschleunigten technischen und sozialen Wandel zu begreifen, aber er bedeutet keinen Weltuntergang. Wir werden den Wandel der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft, eine Informations-, eine Geistes- und Kulturgesellschaft schaffen – weil uns nichts anderes übrigbleibt. Es wird nicht schlimmer kommen als in vergangenen Epochen sozialen Wandels, es wird nur ganz anders sein. Ich möchte im folgenden einige Ideen skizzieren, wie solche Veränderungen und Anpassungen meiner Meinung nach sinnvoll angegangen werden können.

### ...zum Beispiel im Gesundheitswesen...

Deutschland vertritt immer noch den Grundsatz, dass das Gesundheitswesen kollektiv organisiert sein soll. Aus ethischen Gründen ist dies verständlich, in Bezug auf die Gesundheit soll es weder Bevorzugte noch Benachteiligte geben. Betrachten wir das Modell allerdings realistisch, so stellen wir fest, dass dieses System kaum mehr zu finanzieren sein wird. Die Politiker halten die Leute zwar dazu an, Gesundheitskosten zu sparen. Aufgrund der demographischen Veränderungen und des medizinischen Fortschritts wird auf das Gesundheitssystem aber eine Kostenlawine zukommen, die mit Sparübungen allein nicht aufzufangen sein wird. Im Jahre 2015 werden die 50- bis 60-Jährigen die grösste Bevölkerungsgruppe sein.

In den letzten Jahren sind grosse medizinische Fortschritte erzielt worden. Nehmen Sie den berühmten Oberschenkelhals-Bruch als Beispiel. Für viele ältere Menschen ist dies die erste grössere Alterskrankheit. Früher hatte man zwei Schrauben eingesetzt, so dass der Patient danach noch ein paar Jahre herumhumpeln konnte. Heute bekommt er zwei künstliche Hüftgelenke implantiert, kann danach wieder voll gehen und an Wanderungen teilnehmen. Dies ist ein wertvoller Gewinn an Lebensqualität, ist aber auch mit viel höheren Kosten verbunden. Oder: Früher ist ein 65-Jähriger beim dritten Herzinfarkt im Beisein des Pfarrers gestorben, heute bekommt er 6 Bypass-Operationen und meldet sich zum Seniorensport an.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser immensen Kostenexplosion nur mit umfassenden Reformen Rechnung getragen werden kann. Wir müssen nicht sparen, wir müssen reformieren und investieren. Das deutsche Krankenversicherungssystem wurde für die Industriegesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts angelegt. Es hat in der Tat hundert Jahre lang gute Dienste geleistet. Doch die gesellschaftliche Struktur, für die es geschaffen wurde, gibt es nicht mehr. Gerade das Gesundheitswesen gehört heute zu den grossen Wachstumsmärkten der Zukunft und verfügt über ein enormes Arbeitsplatz-Potential. Wir müssen ein Gesundheitssystem schaffen, das auf Effizienz, Konkurrenz und Kontrolle setzt und die blockierenden Institutionen und Interessengruppen entmachtet. Durch eine Privatisierung der Krankenversicherung würde der Wettbewerb angekurbelt. Dann würden Dinge wie beispielsweise der Raucherzuschlag ganz selbstverständlich eingeführt. Heute führt dieses Thema immer wieder zu politischen Auseinandersetzungen. Die Politiker können den Zuschlag nicht durchsetzen, weil sie ja schliesslich wieder gewählt werden wollen.

Nehmen wir ein anderes Beispiel: In Deutschland gab es eine heftige Debatte um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Es galt zu entscheiden, ob sie um 20 % gekürzt werden soll oder nicht. Für einen krebserkrankten Menschen stellen 20 % weniger Lohn ein grosses Problem dar, der Grippe-erkrankte hingegen nimmt sie kaum wahr. Die Idee hatte keine Chance, weil alle den Krebskranken vor Augen hatten und nicht den, der am Montag zu faul ist aufzustehen und sich krank meldet. Damit es nicht zu auffällig ist, meldet er sich gleich drei Tage krank. Ich meine damit nicht, dass dies alle tun, aber man muss einen Weg finden, wie man diejenigen bestraft, die das Sozialsystem missbrauchen. Bei einer privaten Versicherung liesse sich eine einfache Regelung finden. Diejenigen, die die Lohnfortzahlung vom ersten Krankheitstag an wünschen, bezahlen einen höheren Versicherungsbeitrag. Die andern, die eine Lohnfortzahlung erst ab dem vierten Krankheitstag wünschen, bezahlen weniger. Jeder soll nun selbst entscheiden, welche Variante er bevorzugt. Ich kenne wenige, die nicht für 100 DM eine Grippe riskieren würden.

### ... oder für Umgestaltungen in der Arbeitswelt...

Der Anteil an abhängiger Arbeit sinkt stetig. In den traditionellen Fabriken sind viele Arbeitsprozesse automatisiert worden, das Thema Bandarbeit ist wie weggeblasen. In diesen Sektoren sinkt das Arbeitsvolumen, dafür steigt es im Dienstleistungssektor. Dienstleistungen werden immer beansprucht werden und zwar dort, wo man lebt. Die Zahl der Basler, die nach New York zum Friseur fliegen, wird sich immer in Grenzen halten, obwohl der Friseur dort billiger ist. Dennoch wird auch hier eine Art Globalisierung stattfinden, nicht in Form von Firmenfusionen, sondern in Form von Netzwerken.

Das Internet wird diese Netzwerke bereitstellen. Das Internet wird eine Bedeutung bekommen, die wir alle noch unterschätzen. Es ermöglicht beispielsweise nachzufragen, wo auf der Welt Sie ein bestimmtes Produkt am billigsten und am schnellsten kriegen können. Des Weiteren werden sämtliche Fahrtrouten und aktuellen Standorte von Lastwagen im Internet abrufbar sein. Wenn Sie nun möglichst schnell eine Tonne Fracht von Basel nach Karlsruhe liefern wollen, werden Sie im Internet einen Lastwagen suchen, der in Zürich gerade Richtung Karlsruhe gestartet ist. Mit einem GPS-System können Sie den Chauffeur kontaktieren und ihn bitten, in Basel noch eine Tonne dazuzuladen. Durch das Internet verlieren Tag und Nacht an Bedeutung, weil auf der Datenautobahn stets irgendwo die Sonne aufgeht.

Die Welt strebt einer Öffnungszeit von 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr entgegen – und immer mehr Menschen nutzen sie. Es entwickelt sich eine Art Weltgehirn, frei von Raum und Ortszeit. Davon macht nicht nur die Börse mit ihren Kapitalströmen Gebrauch. Wenn im Internet binnen einer Minute eine bestimmte Finanzdienstleistung auffindbar ist, dann wird künftig auch innerhalb kürzester Zeit eine ganz bestimmte Arbeitsqualifikation vermittelt werden. Suchen, finden und vergleichen: Das Internet ist Arbeitsgerät und Arbeitsvermittlung in einem.

Unsere ganze Welt ist daran, sich zu verändern, indem sie neue Möglichkeiten entwickelt. Da geht es doch nicht an, eine Politik zu vertreten, die diese Entwicklungen verbietet. Ich diskutiere mit den Gewerkschaften nach wie vor über Flächentarifverträge. In Wirklichkeit interessiert sich gar niemand mehr für diese Verträge. Die Auseinandersetzung, ob Flächentarifvertrag oder nicht, ist ein Streit um des Kaisers Bart. Selbst die Anhänger des Flächentarifvertrages klammern sich nicht stur an die alte Regelung, sondern plädieren für eine von den Betrieben unabhängige Rahmenlösung, die mit hoher Flexibilität den einzelnen Betrieben und ihren Bedürfnissen besser Rechnung trägt. Die Gegner des Flächentarifvertrages halten diese Rahmenverträge sogar für ganz überflüssig. Wir wollen jetzt nicht darüber streiten, was richtig ist. Nur – das Ganze als Flächentarifvertrag zu bezeichnen, branchenbezogen zu bearbeiten, obwohl die Spannbreiten in den Branchen nichts mehr mit Einheitlichkeit zu tun haben und die Flächentarife einer Fülle von Zufälligkeiten unterliegen, zeigt, dass hier eine grundlegende Reform unabdingbar ist. Im Mittelpunkt dieser Reformen sollten anstelle der Produktionsbranchen der Vergangenheit möglicherweise die verschiedenen Aufgabenstellungen einer grossen Dienstleistungsgewerkschaft und einer Industriegewerkschaft stehen, wobei auch hier die Frage der Globalisierung und die Einordnung der Abschlussprinzipien in den globalen Prozess im Vordergrund stehen müssen.

Stattdessen haben wir in Deutschland ein völlig veraltetes Gewerkschaftssystem. Die IG Metall hat Mitglieder, die überhaupt nichts mit Metall zu tun haben. Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, dass der Vater oder Grossvater Röhren produziert hatte. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist also einfach weitervererbt worden. Die Gewerkschaften und Unternehmerverbände leben noch ganz nach den Spielregeln von gestern – damit können sie dem neuen Zeitgeist, der neuen Individualität nicht mehr begegnen. Sie verlieren den Anschluss.

### ... oder im Bildungswesen

Ähnlich sieht es im Bildungswesen aus. Ich bin der Meinung, dass die reine Wissensvermittlung ausgedient hat. Wissen steht uns im Überfluss zur Verfügung. Es ist unsinnig, unsere Kinder mit Wissen voll zu pumpen, das sie im Internet ohnehin abrufen können. Wir sollten den Schwerpunkt vielmehr auf Menschenbildung, Kunst, Kultur, Religion, soziale

Kompetenzen, etc. legen und grundsätzlich einen sinnvollen Umgang mit dem Wissen fördern. In England ist kürzlich eine Untersuchung vorgestellt worden, die besagt, dass ein Mensch, der über ein Problem alles weiss, nicht mehr entscheidungsfähig ist. Wir müssen also lernen, unser Wissen so weit zu reduzieren, dass wir es wieder ordnen können.

In den Hochschulen nehmen noch immer 80 % der Professoren den Begriff Vorlesung wörtlich. Sie sind dann verärgert, wenn sich ein Student meldet und sagt: »Herr Professor, mir ist gerade aufgefallen, dass Sie die Seite 40 nicht vorgelesen haben, ich habe mir den Text gestern abend im Internet heruntergeladen. Ich habe aber die CD-ROM dabei, wir können es ausdrucken, wenn Sie möchten.«

Ich bin für das absolute Leistungs- und Wettbewerbsprinzip. Ich würde zum Beispiel an den Universitäten einen grösseren Wettbewerb begrüssen. Die Professoren sollen danach beurteilt werden, wie viele Studenten ihre Vorlesungen besuchen. Die wissenschaftlichen Institute sollen präsentieren müssen, woran sie mit Hilfe öffentlicher Gelder gearbeitet haben. Gerade im öffentlichen Bereich kann Wettbewerb sehr hilfreich sein.

Unsere Universitäten müssten doch schon längst doppelsprachig geführt werden. Nicht englischsprachige Länder, die keine doppelsprachigen Universitäten anbieten, werden den internationalen Anschluss verpassen. Sie treffen an deutschsprachigen Universitäten immer weniger asiatische Studenten. Das Erlernen der deutschen Sprache lohnt sich für sie nicht mehr, Englisch müssen sie wegen des Internets ohnehin können. Bei der Frage, woher wir unseren internationalen Nachwuchs holen sollen, müssten bei uns doch alle Glocken klingeln.

### **Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft...**

Viele Reformen lassen sich zur Zeit aber kaum durchsetzen. Wir leben beharrlich nach diesen alten Spielregeln. Die leidenschaftlichsten und konservativsten Vertreter dieser Spielregeln sind komischerweise die Revolutionäre von gestern. Nur: Die jungen Leute unterstützen diese Ideen nicht mehr. Wenn Sie die Wahlergebnisse von Nordrhein-Westfalen betrachten, dann stellen Sie fest, dass die jungen Leute keine Lust mehr haben, den alten

Wohlfahrtsstaat so weiterzutragen. Die Lebensentwürfe haben sich verändert. Wenn der Grossvater erzählt, dass er 40 Jahre lang bei der gleichen Firma gearbeitet hat, erntet er wenig Anerkennung von seinem Enkel. Dieser hat nämlich gerade sein Studium abgeschlossen und will sich selbstständig machen. Ein Weilchen später geht er ins Angestelltenverhältnis über, danach macht er sich wieder selbstständig. Die Zahl derer, die nicht nur einen, sondern gleichzeitig mehrere Jobs und Engagements haben, steigt.

Ich bin Aufsichtsratsvorsitzender von drei Jungunternehmern mit einem Altersdurchschnitt von 24 Jahren. Einige davon sind bereits Millionäre. Sobald es um Themen wie Tarife oder 40-Stunden-Woche geht, schauen sie mich liebevoll an und sagen: »Opa, gell, du als Politiker regelst das für uns. Wir haben keine Lust auf solche Reglementierungen. Wir wollen jetzt unseren Job machen, *fun* haben und *stock options* kaufen!« Sie engagieren ihre Kommilitonen von der Universität, können kaum Löhne zahlen, bieten dafür aber 2% Gewinnbeteiligung. Die haben kein Problem mit 12-Stunden-Tagen, sie wollen etwas leisten, Freude und Erfolg haben. Dies ist eine neue Art von Individualismus.

### ... mit neuem Solidaritätsverständnis

Ich will ihn nicht werten, aber er bedeutet, dass wir die Solidarität in der Gesellschaft neu organisieren und anpassen müssen. Viele staatliche Regulierungen müssten überdacht werden, weil sie die Wirtschaft nicht stimulieren, sondern belasten. Aus einstmalig gutgemeinten Spielregeln sind heute wahre Festungswälle nach innen und nach aussen geworden. Ursprünglich als Garant eines erträglichen Miteinanders und guten Auskommens der Bürger gedacht, erreichen sie heute oft das Gegenteil. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, an dem nationale Regulierungen früher oder später von aussen dereguliert werden. Wir sollten es selbst tun, und wir sollten ein Konzept dafür haben. Der globale Wettbewerb erzwingt eine ordnungspolitische Entrümpelung. Nur eine produktive, innovative und flexible Volkswirtschaft ist langfristig in der Lage, öffentliche Interessen zu wahren und die drängendsten Probleme wie soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung und Altersversorgung zu lösen.

Es gäbe noch andere gesellschaftliche Themen, die zu überdenken wären. Zum Beispiel klagen wir sowohl über die hohe Arbeitslosigkeit, als auch über das Wegfallen der Nachbarschaftshilfe, die früher eine der grossen Stärken unseres christlichen Sozialsystems war. Unsere alten Menschen vereinsamen in ihren Wohnungen. Es wäre durchaus einen Gedanken wert, die Kranken- und Bedürftigenarbeit so zu organisieren, dass nebst dem nötigen Fachpersonal auch Arbeitslose für Hilfs- und Pflegedienste eingesetzt werden können. Meine Frau, die im Sozialsektor tätig ist, sagt immer, man bekomme in einer Stiftung viel eher 50 DM gespendet als dass man jemanden finden würde, der einen Behinderten eine Stunde lang durch den Park schiebt. Sportvereine, die vor allem durch ehrenamtliches Engagement getragen werden, verlieren zusehends an Bedeutung. Heute werden sie durch Fitness- und Bodybuildingstudios abgelöst, die primär gewinnbringend und nicht mehr ehrenamtlich betrieben werden. Überlegen Sie sich einmal, welchen Einfluss unsere Kirchen noch auf gesellschaftliche Entwicklungen haben.

Ich fordere ganz klar, dass nur diejenigen vom Staat unterstützt werden sollen, die auch etwas dafür tun. Viele Leute polemisieren gegen das Erfolgsdenken der Wirtschaft und meinen, dies würde die Gesellschaft verderben. Sie sprechen aber nicht davon, warum die Solidarität innerhalb der Gesellschaft nicht mehr funktioniert. Dies hat nämlich nichts mit der Globalisierung, sondern vielmehr mit der Frage zu tun, wie wir die wirtschaftlichen Wohlstandsvorteile nutzen, um eine gerechte Gesellschaft schaffen. Aber: Eine gerechte Gesellschaft soll keine Gleichheitsgesellschaft sein. Auch hier ist meiner Meinung nach ein Umdenken gefordert. Wir haben inzwischen so viel verstaatlicht und perfektioniert, dass die Differenz von hohen zu niedrigen Einkommen immer kleiner wird. Derjenige, der eine bestimmte Einkommensstufe übersteigt, muss das Studium seiner Kinder selbst bezahlen und kriegt keine billigen Wohnungen oder andere öffentlichen Vergünstigungen mehr. Viele meinen, es müsse eine gesellschaftliche Egalität erreicht werden. Ich halte dies für falsch.

Ich habe nichts dagegen, dass es reiche Leute gibt. Die Frage ist nur, wie man sie dazu bringt, einen Teil ihres Reichtums zur Unterstützung staatlicher Aufgaben freizusetzen. Steuern sind da eine wenig attraktive Möglichkeit, weil am Schluss ohnehin alle verärgert sind. Eine bessere Möglichkeit wäre die Schaffung eines neuen Stiftungsrechts. In einer Gesellschaft, in der die Freizeit ebenso wächst wie das Potential älterer Menschen, die Betätigungsfelder suchen, in der genossenschaftliche Tätigkeiten einen besonderen Sinn finden, müsste durch einen Ausbau von gemeinnützigen Stiftungen und kirchlichem Engagement auch eine neue Atmosphäre der Solidarität, der Zuwendung und der Brüderlichkeit zu schaffen sein. Das hiesse, die Menschen nicht durch hohe steuerliche Belastung zur Passivität gegenüber den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft zu verleiten, sondern die sozialen Kräfte der Gesellschaft zu aktivieren. Viele Reiche geniessen ihr Geld mit zunehmendem Alter immer weniger. Es ist ihnen bewusst, dass sie ihren Besitz nicht ins Jenseits mitnehmen können. Sie haben das Bedürfnis, mit ihrem Geld etwas Sinnvolles zu schaffen, eine soziale oder kulturelle Stiftung zu gründen, in der ein Stück von ihnen weiterlebt, wenn sie einmal nicht mehr sind. Früher hat man mit 60 Jahren das Testament verfasst, ist mit 65 gestorben und hat sein Vermögen seinen 30 Jahre alten Kindern hinterlassen. In diesem Alter konnten sie mit dem Erbe tatsächlich noch etwas anfangen. Heute stirbt man mit 90 Jahren, die Kinder sind bereits 60 und haben ihre Vermögensbildung abgeschlossen.

In Amerika ist das Stiftungswesen zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig geworden. Die Leute spenden doch lieber für Dinge, die sie selbst wählen. Denken Sie an das Erdbeben in der Türkei oder an die Katastrophe in Eschede: Da wurden an einem Fernsehabend 13 Millionen Mark zusammengetragen. Deutschland besitzt zur Zeit 14,5 Billionen Mark Privatvermögen. Wir müssen Denkmodelle schaffen, die die Leute dazu bringen, mit Lust intelligente Reichtumsvernichtung zu betreiben. Es hat keinen Sinn, an Konzepten festzuhalten, die der modernen Individualität nicht mehr entsprechen. Das Stiftungswesen ist eine grosse Chance, eine Individualgesellschaft solidarisch zu gestalten.

Vielleicht noch ein Wort zur Solidarität: Ich habe Erhard Eppler in einer Auseinandersetzung einmal vorgeworfen, der Solidaritätsbegriff der Sozialdemokratie sei inzwischen etwa so zu fassen, dass diejenigen, die etwas leisten, auch nichts mehr tun, damit sich die Schwachen nicht so schlecht fühlen. Dies war natürlich reichlich polemisch. Meine Vorstellung von Solidarität besteht darin, dass diejenigen, die leisten können, das beste geben, damit die Summe ihrer Leistung ausreicht, um auch den Schwachen zu helfen. Aber es soll vermieden werden, dass sich einer für schwach erklärt, weil er merkt, dass man so eigentlich viel eleganter lebt, als wenn man sich erst in die Leistungsgruppe reiht.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Lassen Sie mich abschliessend meine Thesen zusammenfassen: Wirtschaft und Politik haben an sich nichts miteinander zu tun. Die Marktwirtschaft ist kein ethisches Konzept, ihre Funktionen genügen sich selbst. Wenn die Marktwirtschaft aber nicht nur ihrem eigenen Funktionsprinzip genügen, sondern auch soziale und ökologische Gerechtigkeit gewährleisten soll, muss die Politik lenkend eingreifen. Ziel ist eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, die zusätzlich einen ethischen Zweck erfüllt und sowohl den Konsumenten als auch den Bürger zufrieden stellen kann. Ich bin damit einverstanden, dass nicht zu Lasten der Schwachen gearbeitet werden soll. Es scheint mir nur wichtig auseinander zu halten, dass dies nicht das Funktionsprinzip der Wirtschaft an sich ist, sondern der ordnende Einfluss von Politik und Gesetzgebung auf die Wirtschaft. Ich will nicht ewig hören, die Wirtschaft bestimme die Politik. Aufgabe der Politik ist es, politische Fragen zu lösen. Sie muss Ideen entwerfen, wie im Zeitalter der Globalisierung eine interessante, spannende, gerechte und menschliche Gesellschaft geschaffen werden kann. Dies bedeutet nun aber nicht, dass ein Wertewandel angestrebt werden soll. Jede Reformbetrachtung sollte von den unveränderlichen Wertmassstäben einer Verfassung ausgehen, ob diese nun aus der christlichen Soziallehre oder aus anderen Quellen

kommen. Im Zentrum sollte die Frage stehen, ob nicht ein neues, durch grundlegende Reformen geprägtes Gemeinwesen die Freiheitskräfte der Marktwirtschaft und die aus unserer christlichen Kultur und Sozialgeschichte geprägte Humanitätsideale, in einen neuen Einklang zu bringen sind. Vor diesem Hintergrund müssten strukturellen Veränderungen, beispielsweise im Bildungs- oder Gesundheitswesen, angegangen werden. Eine Wohlfahrts- und Individualgesellschaft braucht ein anderes, eben individualisierteres System als die Nachkriegsgesellschaft, in der alle nichts hatten und deshalb eine kollektive Sicherung der einzig richtige Weg war. Diese sozialen, kollektiven Sicherungen müssen jetzt individualisiert werden. Die junge Generation kommt mit neuen Lebensentwürfen. Sie brauchen und wollen andere Bildungsstrukturen, auch andere Wohn- und Lebensformen, sie akzeptieren andere Arbeitsplatzformen. Die Jungen haben keine Schwierigkeiten, mit den gesellschaftlichen Veränderungen Schritt zu halten. Den Alten hingegen fällt das Umdenken schwer. Die Gesellschaft verändert sich fortwährend, die Menschheit wird zweifellos nicht mit der aktuellen Internet-Welt enden. Auch die heutigen Jungen werden dereinst gefordert und mit gesellschaftlichen Umwälzungen konfrontiert sein. Verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen weisen nämlich darauf hin, dass die nächste grosse Innovationswelle, die jene des Internets ablöst, die Wellness-Welle sein wird. Dazu werden Fragen der Gesundheit, der Ökologie, der Medizin und der Gemeinschaft gehören, alles, was zum Wohlbefinden des Menschen beiträgt.

Lassen Sie mich mit einem Bild schliessen, das, wie ich einräume, nicht ungefährlich ist:

Ich habe manchmal den Eindruck, Europa habe sich zu einem grossen Zoo gewandelt. Nach dem zweiten Weltkrieg herrschte in allen europäischen Staaten eine unglaubliche wirtschaftliche Dynamik mit hohen Wachstumsraten. Daraus haben wir ein soziales System, den Wohlfahrtsstaat gebaut. Trotz, oder gerade durch den Schutz des Wohlfahrtsstaates sind wir mittlerweile sehr ängstlich und risikoscheu geworden. Die Zeiten haben sich indes gewandelt, neue Risikobereitschaft ist gefordert. Die Jungtiere, die im Zoo geboren sind, kennen die freie Wildbahn nicht. Sie wissen, dass der Wärter ihnen jeden Morgen das Futter bringt und zwar ohne Rücksicht, ob sich der einzelne das Fressen verdient hat oder nicht. Selbst für die Spätaufsteher unter den Tieren ist genügend Futter vorhanden. Die älteren Löwen

im Zoo erzählen ab und zu, wie es früher war, als man sich sein Futter noch selbst beschaffen musste. Da galt es, frühmorgens auf die Jagd zu gehen. Erwischte man nichts, schob man den ganzen Tag Kohldampf. Die Jungen hören sich diese Geschichten an und denken, dass dies eine spannende Zeit gewesen sein muss. Sie möchten schliesslich den Zoo gerne verlassen und selbst schauen, wie es draussen auf der freien Wildbahn zu und her geht. Die Zoowärter sind damit aber gar nicht einverstanden. Sie warnen vor den bösen Cowboys, den asiatischen Tigern, den chinesischen Drachen und beschliessen ein Zooverstärkungsprogramm. Es werden neue Zoowachen aufgestellt, die jungen Wilden werden abends früher in ihre Gehege gesperrt, in der Meinung, dass sie sich so wieder richtig sicher und wohlfühlen können. Auf die Dauer aber können und wollen die Jungtiere nicht zurückgehalten werden. Sie wollen die freie Wildbahn erleben und ihre Instinkte wieder schärfen. Sie wollen das Gefühl der Freiheit und der Individualität erfahren, den Schwachen gleichzeitig den Schutz und die Solidarität der Herde bieten.

Unser heutiges Problem sind die Funktionäre der verschiedensten Organisationen. Ich denke zum Beispiel an jene der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften, der Parteien, der Sportverbände und jene der Kirchen. Gerade die derzeitigen neuen Kommunikationsmöglichkeiten würden zulassen, dass weniger nur Verbände und Institutionen, sondern vielmehr die Menschen direkt miteinander kommunizieren. Dies würde die alten Ideologien etwas in den Hintergrund drängen und den Menschen die Möglichkeit geben, sich vermehrt miteinander auseinander zu setzen.

Solidarität ist etwas Persönliches, sie kann nicht per Weisungsformular erzwungen werden. Ebenso soll sie nicht von alten Ideologen, sondern von einer jungen, wachen Generation gestaltet werden, die sehr wohl solidarisch ist und sein will, gleichzeitig aber auch ihr eigenes Leben und ihren Erfolg verwirklichen möchte. Die Gesellschaft von gestern war die von Funktionären geleitete Industriegesellschaft. Sie entspricht nicht der Individualgesellschaft von morgen.

## **Lothar Späth**

Geboren 1937 in Sigmaringen. 1978 bis 1991 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg. Im Juni 1991 übernahm er die Geschäftsführung der Jenoptik GmbH, seit deren Umfirmierung zur Aktiengesellschaft im Januar 1996 ist er Vorstandsvorsitzender der AG. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zu Fragen der deutschen Politik und Gesellschaft.

Lothar Späth gehört zu den wenigen in Deutschland, die in Politik und Wirtschaft gleichermassen Erfahrungen gesammelt und Erfolge vorzuweisen haben. Kompetenz und unkonventionelles Denken verleihen seiner Stimme Gewicht und Originalität.

In seinem 1999 erschienenen Buch »Stunde der Politik« beschäftigt er sich mit der Notwendigkeit einer eigenverantwortlichen Bürgergesellschaft.

### **Publikationen (Auswahl)**

- Countdown für Deutschland. Start in eine neue Zeit? Siedler Verlag, 1995.
- Die zweite Wende. Wie Deutschland es schaffen wird. Quadriga Verlag, 1998.
- Das PPP-Prinzip. Private Public Partnership – Die Privatwirtschaft als Sponsor öffentlicher Interessen. Droemer/Knauer Verlag, 1998.
- Blühende Phantasien und harte Realitäten. Wie der Umschwung Ost die ganze Republik verändert. Econ Verlag, 1998.
- Die Stunde der Politik. Vom Versorgungsstaat zur Bürgergesellschaft. Propyläen Verlag, 1999.